Sie scheuen eine Aufarbeitung der Coronapolitik „wie der Teufel das Weihwasser“ – das sagt **Michael Meyen** im Interview mit den *NachDenkSeiten*. Mit „sie“ ist gemeint, wie Meyen es formuliert: „die Schuldgemeinschaft“, das heißt die Verantwortlichen für die Coronamaßnahmen. Der Kommunikationswissenschaftler war vor Kurzem als Sachverständiger zur Corona-Enquete-Kommission des Bundestages eingeladen. Meyen gibt im Gespräch mit **Marcus Klöckner** Einblicke in seine Erlebnisse und Erfahrungen mit der Kommission – die ihre Arbeit unter einem nahezu totalen Verschweigen der Medien verrichtet. Der Grund dafür laut Meyen: „Die Journalisten sind Teil der Schuldgemeinschaft.“

Marcus Klöckner: Herr Meyen, Sie waren vor Kurzem in der Enquete-Kommission als Sachverständiger eingeladen. Welche Eindrücke haben Sie gewonnen?

Michael Meyen: Am wichtigsten: Es geht nicht um Aufarbeitung. Die Schuldgemeinschaft scheut das wie der Teufel das Weihwasser. Als ich eher nebenbei das Wort Untersuchungsausschuss in die Runde warf, gab es gleich mehrfach Ablehnung. Um Gottes willen. Das doch nicht. Wir schauen nach vorn. Dann: Dort sitzen Akademiker, die sich überlegen fühlen und für berufen halten, allen anderen den Weg zu weisen. Gar nicht nebenbei hatte ich ein Menschenbild kritisiert, das Forschung zum Erfüllungsgehilfen von Verhaltenssteuerung macht. Der „mündige Bürger“, den ich da ins Spiel brachte, schaffte es sofort in die Anschluss-Statements – als Lippenbekenntnis. Natürlich, ja. Auch wir glauben an die Mündigkeit. Aber erklären müssen wir den Menschen doch, was nur wir hier wissen.

Vorab noch zu Ihrem Vortrag. Was haben Sie vor der Enquete-Kommission gesagt?

In der Sitzung selbst hat man ja nur fünf Minuten. Die Kunst besteht also darin, eine lange Stellungnahme auf den Punkt zu bringen und zugleich die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Ich habe deshalb mit der DDR angefangen und mit der Freiheitserfahrung 1989/91, die Ostdeutsche in meinem Alter teilen, um das von Universitäten abgrenzen zu können, die zu Staats- und Konzernfilialen gemacht worden sind, und von Redaktionen, die der Politik in eine Wagenburg folgen, sich dort den Propaganda-Apparaten ausliefern, Leckerli bekommen und dafür Kritiker ignorieren oder diffamieren.

Alles andere kennen Leser der *NachDenkSeiten* ja. Die Leitmedien haben eine Politik unterstützt und zum Teil noch forciert, die auf eine hohe Impfbereitschaft ausgelegt war. Sie haben Angst geschürt, Zweifel und Proteste delegitimiert und sich dabei auf eine Figur stützen können, die wir in der Forschung opportune Zeugen nennen. Sie wissen, wen ich meine. Wissenschaftler und Ärzte, die bereit waren, repressive Maßnahmen mitzutragen, und dafür mit Sendezeit belohnt wurden. Die Namen stehen in meinem Papier – wie auch

die Namen von Kollegen, die die Dinge anders sahen, auf das Prinzip Debatte vertraut haben und dafür an den Pranger gestellt wurden. Wodarg, Bhakdi, Hockertz, Sönnichsen, Kuhbandner, Homburg. Wenn die Leitmedien ihren Job gemacht hätten, dann würden diese Kollegen heute Festvorträge halten.

Das Thema Aufarbeitung der Coronapolitik ist für viele wichtig. Nun gibt es diese Enquete-Kommission. Sie haben gleich zu Beginn des Interviews gesagt, dass es gar nicht um Aufarbeitung geht. Was bringt dann die Arbeit dieser Kommission überhaupt? Oder anders gefragt: Gibt es auch Positives im Hinblick auf die Arbeit der Kommission?

Wenn Sie etwas Positives wollen: Die Enquete bricht die Fronten auf. Ort und Verfahren zwingen die Schuldgemeinschaft dazu, den anderen zuzuhören, das eigene Unwissen zuzugeben und ihre Verachtung für Kritiker und Kritik zu maskieren. Stefan Homburg, Tom Lausen, Beate Pfeil, die AfD-Vertreter. Also immerhin: Die Argumente sind im Raum, im Bundestags-TV und in den Akten. Mehr als diese Enquete haben die Mehrheitsverhältnisse nicht erlaubt. Und vielleicht hat Tom Lausen ja recht, wenn er in seinem Bestseller „5 Minuten gegen die Macht“ schreibt, dass in der Wohlfühlatmosphäre solcher Sitzungen das Material entsteht, auf das echte Ermittlungen eines Tages bauen können.

Nochmal zur Eingangsfrage, Herr Meyen: Wie war das für Sie, als Sie dort waren?

Ganz persönlich war das ja für mich eine Rückkehr in meine alte Welt, in die Welt der Universitäten. Ich saß da zwischen zwei Kollegen, die ich lange und zum Teil auch sehr gut kenne. Wir haben miteinander geredet, aber es war in jeder Sekunde zu spüren, dass ich ein Aussätziger bin. Niemand hat gefragt, wie es mir jetzt geht, oder gar gesagt, dass er es bedauert, dass ich nicht mehr Teil der akademischen Gemeinschaft bin. Was aber auch zu spüren war: Die Schuldgemeinschaft ist kein Monolith. Fraktion eins glaubt daran, dass sich Wissenschaft auf eine Wahrheit einigen könne und deshalb Gegenstimmen ausschließen muss, wenn es um politische Entscheidungen geht. Fraktion zwei dagegen weiß, dass es keine Einigkeit geben kann, kritisiert deshalb Pranger und Polarisierung der Maßnahmenzeit und plädiert dafür, Wissenschaft Wissenschaft sein zu lassen – wie etwa Raimund Geene, von den Linken benannt, der Wolfgang Wodarg lobend erwähnte und sich ausdrücklich gegen den Slogan „Follow the Science“ wandte. Schade, dass er schon nach 75 Minuten gehen musste.

Was ist von der Struktur dieser Kommission zu halten? Spiegeln sich darin die Grundprobleme wider?

Die Struktur ist das eine. Abgesehen von den AfD-Leuten und ihren Sachverständigen sprechen dort Menschen über das, was sie selbst oder ihre Parteifreunde angerichtet haben. Das muss man nicht weiter kommentieren. Das andere ist das Format. Tom Lausen hat das ja in seinem Buchtitel auf den Punkt gebracht. Die Uhr tickt und verhindert jeden Austausch. Man hat kaum eine Chance, auf etwas zu reagieren, was zum Beispiel von den anderen Sachverständigen kommt. Ich habe dafür immer ein paar Sekunden von meinem Antwortslot abgezwackt, aber keine Frage von der CDU bekommen oder von den Grünen. Man sitzt zwar in einem Raum, aber jeder redet nur mit seinen eigenen Leuten.

In der Sitzung, in der Sie vorgetragen haben, saß auch eine NDR-Journalistin. Was hatte es damit auf sich?

Korinna Hennig, ja. Die Frau aus dem Drosten-Podcast, eingeladen von der SPD. Da gibt es auch nach mehr als sechs Jahren nicht die Spur eines Zweifels, weder an ihrer eigenen Rolle noch in Sachen Wissenschaft. Frau Hennig hat in der Enquete beklagt, dass beim Wissenschaftsjournalismus gespart wird, und behauptet, dass es so etwas wie einen Forschungskonsens gibt, an dem sie sich zu orientieren habe und der ihr helfe, „False Balance“ zu vermeiden. Das ist ein Kampfbegriff, mit dem Gegenstimmen ausgeschlossen werden. Gute Wissenschaft weiß, dass es keinen Konsens gibt, dass wir morgen mehr wissen als heute und dass wir vor allem übermorgen das für falsch halten können, was heute als Wahrheit gilt.

Wie ordnen Sie die Äußerungen der Journalistin ein?

Wer wissen will, warum der öffentlich-rechtliche Rundfunk so ist, wie er ist, der sollte sich diesen Auftritt anschauen. Da kommen Selbstgerechtigkeit und Ahnungslosigkeit zusammen, schön herausgearbeitet von Stefan Homburg und Kay-Uwe Ziegler. Fast noch erschreckender: Am Ende haben Politiker diese Journalistin um Hilfe gebeten, nach dem Motto: Sie, Frau Hennig, können uns doch bestimmt sagen, wie wir die jungen Leute erreichen. Antwort: mit Schnipseln und einfacher Sprache. Abholen und mitnehmen. Diesen Slogan verbinde ich sofort immer mit einer anderen Zeit.

Unabhängig davon, wie effektiv diese Enquete-Kommission ist: Wie Sie gesagt haben, wichtige Themen und Sachverhalte kommen auf den Tisch. Die Arbeit der Kommission spielt aber in den Medien so gut wie keine Rolle. Wie sehen Sie das? Und: Was sind die Gründe dafür?

Bei den Leitmedien ist das einfach. Die Journalisten sind Teil der Schuldgemeinschaft, und Selbstkritik oder gar Demut gehörten noch nie zum Berufshabitus. Bei den neuen Medien

hat diese Leerstelle sicher auch mit den Ressourcen zu tun. Die Sitzungen sind lang und verlangen, sich selbst in die Materie einzuarbeiten, wenn man angemessen berichten will. Dafür fehlen oft schlicht Geld und Personal. Auch deshalb bieten wir an der Freien Medienakademie entsprechende Kurse an – den nächsten im März 2027. Da geht es um das Handwerk, aber auch um Ermächtigung und Ermutigung. Ich bin sicher: Langfristig wird das die Qualität heben.

Titelbild: Screenshot bundestag.de